

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Er erscheint wöchentlich.
 Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
 Eingetragen in die Postzustellungsliste.

Verleger und verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
 Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40 Reichstagsufer 3
 Druck: Vornwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserentionspreis
 Geschäftsanzeigen: die sechsgehaltene Nonpareillezeile 60 Goldpfennig.
 Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

W' bissel viel Demagogie ist allweil dabei!

Vor uns liegt das Ablehnungsschreiben vom „Bund der Arbeitgeber zu Kiel e. V.“, gez. Dr. Köhler, auf die Lohnforderungen der Brauereiarbeiter, gerichtet an den Schlichter für den Bezirk Schleswig-Holstein, Lübeck und Mecklenburg, zu Händen des Herrn Präsidenten Dr. Link in Lübeck, an welchen sich die Vertreter der Brauereiarbeiter gewandt hatten. In der Begründung der Ablehnung lesen wir folgendes:

„Der Bierpreis ist seit Dezember 1923, abgesehen von der Biersteuer, unverändert geblieben. In der gleichen Zeit ist der Lohn von 24,10 Mk. auf 42,00 Mk., d. h. um 74 Proz. gestiegen. Selbst wenn man zugibt, daß die Löhne in der Uebergangszeit von der Papier- zur festen Währung nur Uebergangslöhne waren und daher zum Ausgangspunkt des Vergleichs den Lohn vom Mai 1924 wählt, so ergibt sich noch immer eine Steigerung von 31 Mk. auf 42 Mk., also rund 35 Proz.; eine Steigerung bei gleichbleibendem Preis des Produktes.“

Wir nehmen Veranlassung, eine solche Begründung, die ähnlich auch anderwärts schon beliebt wurde, als die Arbeit ausgemachter Demagogen zu bezeichnen, die der Ehrlichkeit und Logik bewußt aus dem Wege gehen und eine nicht zu überbietende Unverfrorenheit besitzen, derartiges, ohne sich zu schämen, ernstern Männern zu unterbreiten.

Der Bierpreis ist seit Dezember 1924 nicht gestiegen, sagt man. Nun gut: er beträgt jetzt 32 Mk. pro Hektoliter Lagerbier gegen 14—21 Mk. im Jahre 1913. In Kiel betrug der Bierpreis 1913 unseres Wissens 21 Mk. Man muß schon so ehrlich sein und das Jahr 1913 als Ausgangspunkt nehmen, genau wie beim Lebenshaltungsindex. Und da ergibt sich nun folgende Rechnung:

Der Bierpreis stieg von 1913 auf 1926 um 52,5 Proz.
 Der Lebenshaltungsindex ist gegen 1913 höher um 37,5 Proz. nach der amtlichen Statistik vom 25. August 1926.

Der Spitzenlohn der Brauereiarbeiter in Kiel sank von 33,50 Mk. im Jahre 1913 auf 24,10 Mk. im Dezember 1923, gleich 28 Proz.; auch bei der Lohnhöhe im Mai 1924 von 31 Mk. stand der Lohn noch um 7,5 Proz. unter 1913; der jetzige Lohn von 42 Mk. bedeutet eine Steigerung um 25,4 Proz. gegen 1913. Also zusammenfassend:

Bierpreiserhöhung 52,5 Proz.
 Lebenshaltungsteigerung 37,5 Proz.
 Lohnerhöhung 25,4 Proz.

Nun ist allerdings die Biersteuer gestiegen. Sie betrug nach Kommerzienrat Kirchner im Jahre 1913 auf den Hektoliter 3,31 Mk. im deutschen Braugebiet. Sie beträgt jetzt im Höchsthalle 6,10 Mk. Aber die Differenz ist gering gegenüber dem höheren Bierpreis, und außerdem sind die Betriebe konzentriert und rationalisiert, so daß nach der Hektoliterzahl jetzt erheblich weniger Leute beschäftigt werden, wodurch der Mehrbetrag an Steuer mehr oder minder wieder aufgewogen wird. Aber ganz davon abgesehen: es war zu zeigen, wie man Vergleiche zu ziehen, wie man zu rechnen hat, wenn man der Sache ehrlich gerecht werden will. Und zeigt nicht der Geschäftsgang der Brauereien, in der Gewinne, daß sie nicht die geringste Ursache haben, in der Lohnpolitik so erbärmlich kleinlich zu sein, wie sich hier der „Bund der Arbeitgeber zu Kiel“ gibt?

Eine andere Stelle des ablehnenden Bescheides sagt:

„Wir haben von jeher grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß die Löhne nach Maßgabe der örtlichen Wirtschaftslage und unter Berücksichtigung des örtlichen Gesamtlohnniveaus zu regeln sind. Das von der Gegenseite verfolgte Verfahren, Lohnerhöhungen durch Vergleiche mit den auswärtigen Löhnen zu begründen, führt in seinen Konsequenzen zu einer ständigen Auspielung der einzelnen Orte untereinander, damit zu einer Lohnpolitik, die sich nicht auf tatsächliche, aus den örtlichen Wirtschaftsverhältnissen erwachsene Argumente, sondern auf völlig anders gelagerte Verhältnisse, die untereinander keinen Vergleich zulassen, stützt.“

Diese „Armen im Geiste“. Die Brauereiunternehmer selbst würden sich hüten, eine solche Auffassung mit ihrem Namen zu decken, dazu schließen sie sich dem Bund der Arbeitgeber an und lassen sich gern die hohlen Beweisgründe gefallen, sofern nur ein Erfolg für ihren Profit in

Aussicht steht. Wir müssen ihnen schon sagen, daß sie die Verantwortlichen für eine solche Vertretung sind, solange sie sich diese gefallen lassen. Die Bierpreise sind zentral geregelt für das ganze ehemalige norddeutsche Brausteuergebiet und überall gleich. — Wenn ein Argument zuzulassen wäre, bei gleichem Bierpreis eine etwas abweichende Lohnregelung zuzubilligen, dann nur ein verhältnismäßig großer Unterschied in der örtlichen oder bezirklichen Teuerung der Lebensverhältnisse. Dem ist Rechnung getragen, oft zu viel, so auch hier. Ein anderes Argument gibt es nicht und hat keine Berechtigung. Ist die „örtliche Wirtschaftslage“ schlecht, ist die Arbeitslosigkeit am Orte größer als allgemein, so wirkt sich dies an sich schon aus in vermindertem Bierabsatz und in der Verminderung der Arbeitskräfte; mit der Höhe des Lohnes der Beschäftigten hat dies nichts zu tun und darf damit nicht in Verbindung gebracht werden. Schmarroher Politik der Brauereien ist es aber, gleiche Bierpreise zu nehmen und niedrigere Löhne zu zahlen, nur weil der örtliche „Bund der Arbeitgeber“ es verstanden hat und ihm die „örtliche Wirtschaftslage“ es möglich machte, das „örtliche Gesamtlohnniveau“ möglichst niedrig und vollkommen unzureichend zu halten. Und so hat der „Bund der Arbeitgeber zu Kiel“ zugleich noch ein zweites Eisen im Feuer. Er beweist nicht nur die Unmöglichkeit der Lohnerhöhung unter Berücksichtigung der auswärtigen Löhne, sondern auch unter Berücksichtigung des „örtlichen Gesamtlohnniveaus“. Eine Erhöhung der

Industrie und Arbeiterklasse.

Am 3. September 1926 und folgende Tage hielt der Reichsverband der deutschen Industrie in Dresden seine Generalversammlung ab. Es handelt sich bei diesem Verband um die wirtschaftliche Spitzenvereinigung des schwerindustriellen Unternehmertums. Auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress 1925 ist einstimmig beschlossen worden, alle Kräfte der Gewerkschaften für die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie einzusetzen. Der schärfste und stärkste Gegner dieser Gewerkschaftsforderung ist der Reichsverband der deutschen Industrie. Deshalb ist es notwendig, daß sich auch die Arbeiter dafür interessieren, was unsere Großindustriellen für Vorschläge zu machen haben, um aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise herauszukommen.

Erster Redner war Geheimrat Duisberg. Er hat kürzlich Amerika, Japan und China bereist und davon einiges erzählt. Seine Meinung gipfelt in folgendem: „Der Klassenkampf muß verschwinden und der Gemeinschaftsgeist stärker in Erscheinung treten. Es muß fleißiger und freudiger gearbeitet werden. Dann erst wird es wieder vorwärts gehen und sich auch die Lebenshaltung unseres gesamten Volkes heben können. Jeder einzelne kann aber durch strengste Sparsamkeit daran mitwirken, unsere Einfuhr so niedrig wie möglich zu halten. Das gilt sowohl für Bananen wie für Automobile.“

Was soll man dazu sagen? Der Klassenkampf ist keine Erfindung, sondern ergibt sich aus dem natürlichen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Fleißig und freudig arbeiten wollen auch die zwei Millionen Arbeitslosen, sie können nur nicht wegen der kapitalistischen Wirtschaft. Bananen können die Arbeiter nur wenig kaufen und Automobile gar keine, trotz dieser „Sparsamkeit“ geht es den Arbeitern schlecht. Also sind das alles doch nur Redensarten, die der Herr Geheimrat zum besten gegeben hat.

Zweiter Hauptredner war Geheimrat Raftl. Er verlangt Besteuerrückbau und Heranziehung der reichseinkommenssteuerfreien Teile des Einkommens. Die Gemeinden müssen in der Besteuerung des Besitzes beschritten werden. Historische Rechte der Länder müssen abgebaut werden, ohne die Länder ganz zu beseitigen, um die Verwaltung zu vereinfachen. Der Sozialetat (Krankenversicherung, Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung, Erwerbslosenunterstützung, Wohlfahrtsunterstützung usw.) müssen abgebaut werden. Die Rationalisierung des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens ist äußerst gefährlich. Die Banken würden die Kreditsuchenden teilweise übervoorteilen. Im übrigen herrscht Geldflüssigkeit; die Unternehmer können ihre Obligationen und Aktien in Deutschland unterbringen. Die deutschen Unternehmer seien bemüht, mit allen Kräften und allem Nachdruck für die Verbesserung und Verbilligung der Erzeugung

Kieler Brauereiarbeiterlöhne würde nicht nur eine Lohnerhöhung der Brauereiarbeiter an anderen Orten nach sich ziehen, und auch in den dortigen anderen Gewerben, sondern auch bei den übrigen Arbeitergruppen in Kiel mit Recht Forderungen nach entsprechender Erhöhung auslösen. So gefällt sich der Bund der Arbeitgeber zu Kiel in der Rolle der Vorsehung für das ganze Vaterland in allen seinen Gewerkszweigen und fühlt nicht die Lächerlichkeit, in die er sich hineingeschrieben hat.

Es sei zum Schluß auch noch auf das Argument vom Bund der Arbeitgeber zu Kiel hingewiesen, daß die Arbeiterseite nicht einmal den Versuch machte, „ihre Forderungen mit der Gestaltung der Lebenshaltungskosten zu begründen“, weil diese „im wesentlichen auf derselben Höhe“ geblieben sind. Als ob das ausschlaggebend wäre. Die Herrschaften wissen, daß die Reallöhne noch unter dem Friedenssatz liegen, daß die Teuerung erheblich höher ist als die Lohnerhöhung, aber auch solche Mäxchen unterbreitet man dem Schlichter, um Eindruck zu schinden.

Wir haben dieses Problem: Lohn, Produktpreis und Teuerung an einem bestimmten Fall einmal etwas eingehender erörtert, damit die Kollegen an Hand der Tatsachen den Unternehmerverbänden, die mit solchen Spiegelscherearbeiten, eine richtige Rechnung entgegenhalten können. Vielleicht kommen dann die Brauereiunternehmer doch zu der Ueberzeugung, daß sie mit solchen Interessenvertretungen keine Bilder herausstechen können, sondern selbst handeln und außerdem mehr Entgegenkommen zeigen.

einzutreten. Die Entwicklung der Rationalisierung und Mechanisierung sei befriedigend. Heute stehen die Unternehmer zum Dawesplan. Es sei gar nicht auszubedenken, welche Verhältnisse in Deutschland bestehen würden, wenn man damals nicht den Mut zu dieser befreienden Tat gefunden hätte.

Hervorzuheben ist also, daß sich die Unternehmer nach wie vor nicht scheuen, die Ärmsten der Armen zu noch größeren Lasten heranzuziehen, dagegen den Abbau der eigenen Belastung dringend verlangen.

Aus den Ausführungen der beiden vorgenannten Herren waren neue Ideen nicht zu entnehmen und neue Ziele nicht zu erkennen. Der dritte Hauptredner, Herr Generaldirektor Dr. Silberberg, hat allerdings eine neue Note in die Verhandlungen gebracht. Nachdem er den heutigen Staat sowie die Leistungen von Legien und von Ebert für diesen Staat anerkannt hatte, äußerte er unter anderem folgendes:

„Es hiesse sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrumspartei ihre politische Vertretung findet. Die in den christlichen Gewerkschaften organisierte Minderheit leidet unter allen Schwächen einer Minderheit, die sich vor allem in der Ueberspannung sozial- und lohnpolitischer Forderungen ausdrückt, die wieder bei der Mehrheit, den freien Gewerkschaften, eine Tendenz zum Ueberbieten auslöst. Das Unternehmertum hat sehr darauf zu achten, daß es nicht noch mehr, wie es schon geschehen ist, von diesem Wettstreit, dem wirtschaftliche Ueberlegungen fremd sind, betroffen wird und dessen Zeche zu zahlen hat. Aber nicht nur dem Unternehmertum erwachsen aus dieser Lage besondere Schwierigkeiten; sie entstehen mindestens in demselben Umfange für die Zentrumspartei, solange die Sozialdemokratie in der Opposition ist.“

Er führte dann weiter aus, daß man früher gesagt habe, man könne nicht gegen die Arbeiterschaft regieren, heute könne nicht mehr ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Das industrielle Unternehmertum müsse daraus die Konsequenzen ziehen und erkennen, daß das Heil der deutschen Wirtschaft in der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der deutschen Arbeiterschaft liege. Daß der Klassenkampf verschwinden muß, fordert auch er.

Die freien Gewerkschaften knüpfen an diese neuen Erkenntnisse des Unternehmersführers keine besonderen Hoffnungen. Wie solche Äußerungen zu werten sind, ergibt sich bereits aus den Ausführungen der anderen Herren, die ja auch sehr deutlich ihre Meinung gesagt haben. Abgesehen davon mögen die Unternehmer vorerst einmal ihre Betriebsgemeinschafts- und Wertsgemeinschaftspolitik aufgeben, ehe die Arbeiterschaft zu ihnen das Vertrauen haben kann, das man auch dem ehrlichen Gegner schuldet. Einstweilen war den Unternehmern die Bekämpfung der Gewerkschaften der

Arbeiterschaft wichtiger als die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Sachwaltern der Arbeiterschaft. Immerhin nehmen die Arbeiter zur Kenntnis, daß die Unternehmer in Zukunft ihre kostspieligen und aussichtslosen Versuche, die Arbeiterklasse zu spalten, aufgeben wollen. Daß die Arbeiterschaft ihre Grundfrage aufgibt, glaubt doch Herr Silberberg selber nicht. Wenn aber die Unternehmer mit den Gewerkschaften als achtbaren Gegenspielern ehrlich zusammenarbeiten wollen, dann wird sich hierzu auch schon ein Weg finden, ohne daß es hierzu besonderer Gemeinschaften bedarf.

Immerhin ist es verwunderlich, daß die Unternehmer solche Ansichten durch einen ihrer Hauptvertreter aussprechen lassen. Denn daß das, was jetzt gesagt wurde, für die Unternehmer keine neuen Erkenntnisse sind, wissen die Unternehmer ebenso gut wie die Arbeiterschaft. Man hat die unangenehme Wahrheit eben bislang nicht wahrhaben wollen. Willkürlich wurde das Geld für die Deutschnationalen, für die Völkischen, für Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo usw. hinausgeworfen, zuletzt erst wurden ungeheure Mittel zum Kampfe gegen den Volkseinstieg aufgebracht. Diese Millionen sind nutzlos verthan. Dazu kommt noch ein weiteres. Man bildet internationale Kartelltrusts, Stahltrusts usw. und muß dabei auch Verhandlungen nicht nur mit der Industrie der anderen Länder, sondern mittel- oder unmittelbar mit deren Regierungen führen. Dazu paßt die Unterstützung der völkischen Bewegung wie die Faust aufs Auge. Wenn dann auch noch im Inland aus allen diesen Bestrebungen zur Erzeugung eines frampfhaften Nationalismus nichts herauskommt, dann sehen schließlich sogar die deutschen Unternehmer ein, daß es besser ist, den Versuch zu machen, mit dem ausschlaggebenden Teil der deutschen Arbeiterschaft in ein erträgliches Verhältnis zu kommen.

Dabei ist es natürlich, daß mit dieser Erkenntnis noch der Versuch verbunden ist, die Arbeiterschaft übers Ohr zu hauen. Aber diese Absicht wird scheitern. Für die Unternehmer sind die Verhältnisse zwangsläufig. Sie kommen um die Anerkennung der Arbeiterklasse als selbständiger Faktor im Staatsleben nicht herum. Vielleicht bedeuten die Erklärungen von Silberberg schon diese endgültige Einkehr. Die Ausführungen des Unternehmerführers müssen aber die Arbeiterschaft zu der äußersten Anstrengung anspornen, ihre Gewerkschaften stark zu machen. Denn nur der starke Gegner erntet sich dauernde Achtung. So wenig wir die Zusammenarbeit mit allen denen ablehnen, die ehrlichen Willens sind, so sehr müssen wir nachdrücklich betonen, daß die Geschichte des deutschen Volkes vor allem von der größten Schicht desselben, von der Arbeiterklasse, entscheidend beeinflusst werden. Wir rufen unseren Gewerkschaftskollegen zu, macht eure Kampforganisationen stark, damit sie den Kampf um die Menschenrechte siegreich bestehen.

Vergrößerung der Reparationslast durch die deutschnationale Zoll- und Steuerpolitik.

Im Damesplan wurden die Einnahmen aus den Zöllen wie aus der Tabaksteuer, Biersteuer, Zuckerversteuer und dem Branntweinmonopol verpfändet. Zur Zeit des Londoner Abkommens brachten diese Einnahmequellen der Staatskasse etwa eine Milliarde Mark. Es ist nun vorgeschrieben, daß bei Steigerung der Einnahmen aus den erwähnten Steuern die Reparationslast entsprechend erhöht werden sollte, und zwar im dritten Reparationsjahr um ein Drittel des eine Milliarde übersteigenden, im vierten Reparationsjahr um ein Drittel des 1 1/2 Milliarde Mark übersteigenden Ertrages, höchstens aber um 20 Millionen Mark jährlich.

Damit der Zoll- und Steuerpolitik, die seitdem in Deutschland verfolgt wurde, und zwar auf Betreiben der

Deutschnationalen, sind aber die Einnahmen aus diesen Quellen gewaltig gestiegen. Was z. B. die Zölle anlangt, so wären allein aus dieser Quelle für das laufende Finanzjahr Einnahmen von 580 Millionen Mark vorgesehen, d. h. mehr als die Hälfte der erwähnten einen Milliarde Mark. Indessen sind die wirklich erreichten Zolleinnahmen noch viel höher; sie betragen bereits in den ersten vier Monaten des Finanzjahres, April—Juli 1926, 279 Millionen Mark. Angesichts der jüngst erfolgten Zollerhöhungen für Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte kann man daher annehmen, daß im laufenden Jahre allein aus Zöllen eine Milliarde Mark eingehtommen werden. (Der Finanzminister schätzt die Mehreinnahmen über den Vorschlag hinaus auf 200 Millionen Mark, d. h. auf 780 Millionen im Jahre, was uns jedoch zu niedrig erscheint.) Die Einnahmen aus Tabaksteuer stehen den Zolleinnahmen nicht erheblich nach. Im Jahre 1925 brachten sie der Staatskasse mehr als 600 Millionen Mark, d. h. über 9/10 Proz. der gesamten Reichseinnahmen. Angesichts der Einführung der Materialsteuer auf Zigarettenrohmaterial im Oktober 1925 wird die Belastung im laufenden Jahr höher sein. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen im Jahre 1913 an Tabaksteuern 2,75 Mk., 1925 10,45 Mk. Die Biersteuer betrug vor dem Krieg 3,39 Mk. pro Hektoliter, 1925 5,25 Mk., bzw. nach der letzten Regelung durchschnittlich mehr als 7 Mk. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 1913 an Biersteuern 3,36 Mk., 1925 4,09 Mk., trotz des erheblichen Rückganges des Bierverbrauchs (75 Liter gegenüber 102 Liter 1913). Die Zuckerversteuer betrug 1925 21 Mk. pro Doppelzentner gegenüber 14 Mk. vor dem Kriege. Die Belastung pro Kopf der Bevölkerung belief sich 1925 auf 3,77 Mk. gegenüber 2,58 Mk. 1913. Die Verbrauchsabgabe für ein Hektoliter Alkohol betrug vor dem Kriege 125 Mk., im Jahre 1925 ist sie unter der Monopolverwaltung auf 280 Mk. pro Hektoliter gestiegen. (Wenn die Einnahmen aus dieser Quelle trotzdem zurückgegangen sind, so liegt das an dem ganz außerordentlichen Verbraucherrückgang des Trankbranntweins.) Im ganzen zeigt sich also eine außerordentliche Steigerung der Belastung aus den für Reparationszwecke verpfändeten Steuern. Nach dem Vorschlag für den Haushaltsplan 1926 und den Schätzungen für 1927 soll das Aufkommen aus den verpfändeten Einnahmen zwei Milliarden Mark erreichen, in Wirklichkeit wird es ohne Zweifel erheblich mehr betragen. Aus diesem Grunde müssen im dritten und vierten Reparationsjahr außer den vorgeschriebenen Reparationskosten noch je 250 Millionen Mark, d. h. im ganzen 500 Millionen Mark mehr an die Reparationsgläubiger abgeführt werden.

So führte die in den letzten Jahren verfolgte Zoll- und Steuerpolitik zu diesem ungeheuren Geschenk an die Reparationsgläubiger. Es bleibt nur ein schwacher Trost, daß es dem Finanzminister gelang, eine Vereinbarung mit dem Reparationsagenten zu treffen, derzufolge diese Mehrbelastung, deren Bezahlung erst im vierten Reparationsjahr fällig war, bereits im dritten Reparationsjahr entrichtet wird, wogegen ein erheblicher Nachschuß, nämlich 200 Millionen Mark, gewährt wurde. Die nach dieser Abmachung verblichene Mehrleistung von 300 Millionen stellt aber in der Zeit der Arbeitslosigkeit, wo die nötigen Kapitalien für die Arbeitsbeschaffung nicht bereitgestellt werden können, eine unerträgliche Belastung dar.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1925.

Die an das Jahr 1925 geknüpfte Hoffnung, daß es die Periode eines neuen Aufstiegs der Gewerkschaften einleiten werde, hat sich leider nicht in dem erwarteten Maße erfüllt. Wohl trat in der ersten Hälfte des Jahres eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder ein. Doch die im Herbst ausgebrochene schwere Wirtschaftskrise, die sich schon im Sommer durch eine ständig wachsende Beschäftigungslosigkeit ankündigte, lähmte die weitere Entwicklung. Immerhin schließt

das Berichtsjahr gegen das Vorjahr noch mit einem Mehr von 158 644 Mitgliedern ab.

Die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände verringerte sich von 41 auf 40. Der Verband der Chorfänger schied im April 1925 aus dem A.D.G.B., er gehört nunmehr dem A.F.D.B. an. Bei seinem Ausscheiden zählte dieser Verband 3457 Mitglieder. Die im A.D.G.B. vereinigten 40 Verbände hatten am Ende des Jahres zusammen 4 182 511 Mitglieder gegen 4 023 867 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Höchststand an Mitglieder wurde mit 4 213 545 im September erreicht. Im Durchschnitt des Jahres zählten die Verbände 4 156 451 Mitglieder, darunter 751 585 weibliche und 122 182 jugendliche.

Die Kassenverhältnisse der Verbände haben sich im allgemeinen außerordentlich gut entwickelt. Die Beitragshöhe ist beträchtlich gestiegen, und damit ist auch die Beitragseinnahme erheblich gewachsen. Die Gesamteinnahme betrug 147 526 701 Mk. gegen 97 037 600 Mk. im Vorjahre. Von der Jahreseinnahme 1925 kommen 136 256 640 Mk. auf Beitragsleistungen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 125 874 093 Mk. Für Unterstüzungen wurden 33 042 727 Mark, für Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen 29 656 960 Mk., für Verbandsorgane und Bildungszwecke 5 968 770 Mk. und für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 21 723 250 Mk. verausgabt. Die Ausgaben für Unterstüzung sind gegen das Vorjahr um 22 698 116 Mk. und die für die wirtschaftlichen Bewegungen um 12 971 024 Mk. gestiegen. Die Verwaltung erforderte eine Ausgäbe von 35 482 386 Mk. Davon entfallen 29 340 684 Mark auf die Orts- und Gauverwaltungen, und der übrige Teil auf die Zentralverwaltungen. Unter dem Einfluß der gebesserten Finanzlage ist der Anteil der Ausgaben für Unterstüzungen an den Gesamtausgaben günstiger geworden, während andererseits die Verwaltungskosten anteilmäßig zurückgingen. Von je 100 Mk. der Gesamtausgabe wurden für Unterstüzungen verausgabt 26,26 Mk., dagegen 1924 14,98 Mk. Von den Unterstüzungsausgaben kamen auf: Arbeitslosenunterstüzungen 13 814 291 Mk., Krankenunterstüzung 14 130 286 Mk., Kassenunterstüzung 1 084 564 Mk., Sterbefällunterstüzung 1 727 188 Mk. und auf die übrigen Unterstüzungen 2 286 398 Mk.

Eine recht erfreuliche Entwicklung verzeichnen die Ortsausschüsse des A.D.G.B. Ihr Bestand war besonders hart von der Währungsnot betroffen worden. Inzwischen haben viele Ortsausschüsse, die ihre Tätigkeit einstellen mußten, diese wieder aufgenommen. Durch die Statistik für 1925 wurde der Bestand von 1067 tätigen Ortsausschüssen festgestellt, von denen 1014 berichteten. Diesen waren am Ende des Jahres 11 168 Gewerkschaften angeschlossen. Von der Statistik wurden erfasst 3 355 952 Mitglieder. Darunter 603 858 weibliche und 117 994 jugendliche.

Die größeren Ortsausschüsse verfügen über recht bedeutende und für die Arbeiterschaft wertvolle Einrichtungen. In 127 Orten bestehen Gewerkschaftshäuser, von denen sich 102 in Eigenbesitz der Ortsausschüsse befinden. In ihnen sind meistens Versammlungsräume, Bureaus und Restaurants eingerichtet, in 15 befinden sich Hotelbetriebe und 36 sind mit Herbergen verbunden. In den Gewerkschaftshäusern findet das gemeinsame Zusammenwirken der Gewerkschaften am Ort für gleiche Ziele eine Stätte. Für die Mitglieder recht wertvolle Einrichtungen sind die Rechtsberatungsstellen der Ortsausschüsse. Im Berichtsjahre unterhielten 115 Ortsausschüsse Arbeitersekretariate, die von praktisch geschulten Angestellten verwaltet wurden. Elf Sekretariate zählten als Bezirkssekretariate, die im Auftrage des Bundes die bei den Oberversicherungsämtern anhängig gemachten Streitigkeiten zu vertreten haben. Die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt wird von der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes wahrgenommen. Außer den Sekretariaten bestanden 219 Rechtsauskunftstellen, die nebenberuflich verwaltet wurden. 43 Ortsausschüsse unterhielten zur Erledigung ihrer Geschäfte eigene Bureaus mit Angestellten. Auf dem Gebiet des Bildungswesens entfalteten die Ortsausschüsse eine hervorragende Tätigkeit. In 696 Orten befanden sich gemeinsame Bibliotheken.

Die Fahrschulung des Kraftfahrers.

Dipl.-Ing. Schler.

I.

Die Grundlage für die Erzielung einer guten Fahrschulung ist natürlich die vollkommene Sicherheit in der Beherrschung der Handgriffe für das Schalten der Gänge und für das Ansteuern der Bremsen. Ähnlich wie ein guter Klavierspieler die doch gewöhnlich fehlende Kapazität des Klaviers zu beherrschen muß, daß er nicht laßt, ohne auf die Tasten zu sehen, so müssen auch die Kraftfahrer und Bremsen notwendigermaßen den Handgriffe von dem Fahrer unabhängig zu beherrschen werden, daß er sie gewissermaßen automatisch ausführt, also ohne auf die Schaltung herabsehen zu müssen.

Die weitere Voraussetzung ist die Ausbildung des Gefühls sowohl für den Kraftwagen wie auch des Gefühls für den Verkehr. Ueberhaupt konnte man die Fahrschulung in diese beiden Teile gliedern:

1. in bezug auf die Maschine und
2. in bezug auf den Verkehr.

Die erste Teilzeit mußte alles, was dazu erforderlich ist, den Regeln während der Fahrt möglichst zu schonen, mit möglichst wenig Betriebsstoff auszukommen und doch eine hohe Leistung aus der Maschine herauszuholen.

Die zweite Teilzeit mußte mehr die Beherrschung der Verkehrsverhältnisse, d. h. also das Verhalten im Verkehr, das Begreifen und Ueberwinden von anderen Fahrzeugen, das Verhalten in Engpassstellen und Befahren gegenüber und anderen mehr.

Es kämmeren von beiden ist zweifellos die Teilzeit des Verkehrs, weil hier der Fahrer den ungeschütztesten schmerzigen Folgen ausgesetzt ist, während eine ungehörige Behandlung der Maschine noch unbedenklicher Art ist und nur sekundäre Nachteile herbeiführt.

Das Gefühl des Fahrers im Verkehr muß mit der Zeit so ausgebildet sein, daß er inständig gefährliche Momente vermeidet.

Er muß also stets einer eventuellen Gefahr vorbeugen und ausweichen, sich keinesfalls zweifels in Gefahr begeben, oder auf seine Geistesgegenwart verlassen.

Die gleichmäßige Fortbewegung auch in langsamer Fahrt durch die Stadt ist das Ziel, das der lernende Fahrer erstreben muß. Es ist also unrichtig und auch unwirtschaftlich, stets mit voller Kraft darauf loszufahren und dann bei jeder Gelegenheit scharf zu bremsen, sondern der Fahrer muß eben die Gefahr- und Stöckungsmomente des Verkehrs so rechtzeitig erkennen, daß er seine Geschwindigkeit herabmindert, ehe er gezwungen ist, scharf in die Bremsen zu reizen. Ueberhaupt soll ein guter Fahrer die Bremsen nur im Notfall gebrauchen und er wird normalerweise immer damit ankommen, daß er die Kraft des Motors durch den Bergschwabel herabmindert.

Die richtige Verteilung der anstretenden Verkehrsverhältnisse muß im Gefühl des Fahrers liegen. Er muß Gefühl haben beim Schalten und Gefühl beim Ruppeln. Dieses notwendige Gefühl läßt sich natürlich nur durch die Fahrpraxis erlangen und nur dann, wenn eben der Fahrer bestrebt ist, dieses Gefühl sich anzueignen und nicht einfach der Meinung ist, er beherrsche die Fahrschulung vollkommen und zur Not genüge seine Geistesgegenwart und seine Bremsen.

Daß in Straßen mit lebhaftem Verkehr stets schon rechts gefahren werden muß, ist ebenso selbstverständlich wie ein Fahrzeug links zu überholen. Ein erfahrener Fahrer wird aber niemals einen Kraftwagen überholen wollen, der seinerseits selbst ein anderes Fahrzeug überholt und zu diesem Zweck schon nach links herübergefahren ist. Dadurch ergeben sich unnötige Gefährlichkeiten, die man vermeiden kann.

Genau wird man es zu vermeiden suchen, mit großer Geschwindigkeit zwischen zwei Fahrzeugen hindurchzufahren, die sich gegenseitig kreuzen. Durch rechtzeitige Verzögerung der Geschwindigkeit ist es leicht möglich, dieses Gefährlichkeit zu vermeiden, weil ja in solchen Fällen die Straße nicht frei übersichtlich ist und man nie bestimmt weiß, was sich hinter dem anderen Fahrzeug befindet. Auch wenn die Fahrschulung oder die Landstraße einen sehr regen Fußgängerverkehr zeigt, z. B. wenn die Fußgänger geschlossen sind und die Arbeiter auf der Landstraße

nach Hause streben, so wird ein vorsichtiger Fahrer seine Geschwindigkeit etwas verringern.

Leider muß man mit der üblen Angewohnheit rechnen, daß manche Leute beim Anblick eines Kraftwagens schnell noch auf die andere Seite der Straße springen wollen, um etwas weniger Staub schlucken zu müssen. Oft laufen zwischen diesen Leuten Hande, die im letzten Moment über den Weg springen und da die Straße dann durch Fußgänger gesperrt ist, hat der Fahrer keine Möglichkeit auszuweichen.

Auch beim Einbiegen in eine andere Straße und beim Kreuzen einer befahrenen Hauptstraße wird der Fahrer stets seine Geschwindigkeit so weit verringern, bis er sich überzeugt hat, daß die von ihm zu befahrende Straße frei und übersichtlich vor ihm liegt.

Daß der erfahrene Kraftfahrer dem Verkehrsbeamten rechtzeitig seine Absicht kundtut, welchen Weg er einschlagen wird, ist ebenso selbstverständlich wie er sich den Anordnungen des Verkehrsbeamten unbedingt unterordnet wird.

Auch für den Gebrauch der Hupe ist Gefühl für den Verkehr notwendig. Wenn man nicht rücksichtslos darauf losfährt, braucht man auch nicht dauernd Signal zu geben, um eben die Straße frei zu halten. Man bedenke dabei, daß jeder Kraftfahrer ebenso die Hupe gebrauchen könnte und welcher Lärm entstehen würde, wenn z. B. in der größeren Verkehrsstraße von Berlin an den Straßenkreuzungen sämtliche Kraftfahrer ihre Sirenen gebrauchten. Das würde nur den Verkehr beunruhigen. Die Hupe soll lediglich dazu dienen, unvorsichtige Fußgänger zu warnen oder dem Fahrer des vorfahrenden Wagens ein Signal zu geben, daß er rechts ranfährt, um ihn links überholen zu können.

Auch das Ueberholen der Straßenbahnen in der Großstadt erfordert eine gute Technik, sollen Unfälle vermieden werden. Der Fahrer ist durchaus berechtigt, eine stehende Straßenbahn rechts zu überholen, doch muß er dabei seine Geschwindigkeit erheblich verringern und soviel Raum zwischen seinem Wagen und der Straßenbahn lassen, daß die aussteigenden Passagiere sich aufstellen können. Eine gute Beobachtungsgabe und etwas Verständnis für den Verkehr wird dem Kraftfahrer sehr bald das richtige Gefühl seines notwendigen Verhaltens geben.

Die Beitragsleistungen für die Ortsausschüsse haben sich im Berichtsjahre sehr gehoben. Insgesamt vereinnahmten die an der Statistik beteiligten Ortsausschüsse 1925 2 587 610 Mark, davon flossen 2 057 681 Mk. aus Beiträgen. Die Gesamtausgabe bezifferte sich auf 2 328 504 Mk. Die Rechtsberatungsstellen erforderten einen Kostenaufwand von 709 958 Mk., und für Bildung zwecke wurden 349 138 Mk. verausgabt. Die Arbeiterkassen erhielten als gemeinnützige Einrichtungen in vielen Fällen auch Zuschüsse aus öffentlichen Kassen. Diese Zuschüsse beliefen sich 1925 auf insgesamt 88 715 Mk. Davon kamen aus Staatskassen 20 636 Mk. und aus Gemeinde- und Kreisstellen 58 229 Mk. 9850 Mk. wurden von anderen Körperschaften aufgebracht.

Das demnächst erscheinende neue Jahrbuch des ADGB enthält eine durch zahlreiche Tabellen belegte eingehende Darstellung des organisatorischen Bestandes des ADGB und der Finanzabgarung der dem Bund angeschlossenen Verbände im Jahre 1925. Es sei schon jetzt auf das für die Erkenntnis des Wirkens der in Deutschland maßgebenden gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen bedeutsamen Wertes hingewiesen.

Erster Wohnungsfürorgetag.

Die Deutsche Wohnungsfürsorge-Vereinigung für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Demog), eine Gründung der Spitzenverbände der freien Gewerkschaften, veranstaltete am 4. Juni 1926 zu Berlin den ersten Wohnungsfürorgetag. Theodor Lepart eröffnete und leitete die Tagung. In einer kurzen Ansprache erinnerte er an die Bedeutung des Problems des Wohnungsbaues für die Gewerkschaften. Das Ziel der Gewerkschaften, die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer, schließt die Beseitigung aller Schäden im Wohnwesen und die Steigerung der Wohnkultur der arbeitenden Schichten ein. Die bestehende Wohnungsnot sei nur der letzte äußere Anlaß zu einem Vorgehen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, das im Wesen gewerkschaftlicher Arbeit begründet sei. In ihren besonderen, durch die Zeitverhältnisse bestimmten Forderungen auf diesem Gebiete befanden sich die Gewerkschaften in Übereinstimmung mit dem Deutschen Städteitag, der in seiner Tagung am 3. April diese Forderungen bestätigt habe. An erster Stelle stände das Verlangen nach Rationalisierung und damit Verbilligung des Wohnungsbaues — und diesem Thema sei daher die erste öffentliche Tagung der Demog gewidmet.

Leipart begrüßte sodann die erschienenen Vertreter der Behörden, unter denen er Staatssekretär Scheidt vom preussischen Wohlfahrtsministerium und Ministerialrat Schmidt vom Reichsarbeitsministerium besonders nannte, sowie die Abgeordneten der Parlamente und die Vertreter der Presse und der Organisationen. Das zahlreiche Erscheinen dieser Teilnehmer war ein Zeichen für das starke Interesse, das der Tagung der Demog entgegengebracht wurde.

Zu dem Thema der Tagung: „Großsiedlungen, ein Weg zur Rationalisierung und Verbilligung des Wohnungsbaues“ erhielt Genosse Dr.-Ing. Martin Wagner das Wort. Sein großer und gedankenreicher Vortrag, dessen Inhalt hier nur mit wenigen Sätzen angedeutet werden kann, ist in der Nummer 11/14 der „Wohnungswirtschaft“, der Zeitschrift der Demog, bereits erschienen. Von Wirtschaftsnöten und Wohnungsnot zugleich bedrängt, müsse Deutschland, führte Wagner aus, wie in allen anderen Produktionszweigen, so auch in der Bau- und Wohnungswirtschaft alle Kräfte zusammenreißen, um aus dem vorhandenen Wirtschaftsapparat einen höheren materiellen Nutzen herauszuholen. In der Bau- und Wohnungswirtschaft gebe es nur einen Weg zu diesem Ziel: den Serienbau. Der Schaffung der Voraussetzungen für den Serienbau und den Vorteilen des Serienbaues galten seine Darlegungen. Als Voraussetzungen nannte er: Die Bereitstellung von Kapital für Modell- und Versuchsbauten auf Grund eingehender, von besonderen Forschungsinstituten betriebenen Untersuchungen; die infolge planmäßiger Baupolitik der Gemeinden bewirkte Konzentration der Bautätigkeit auf wenigen Baustellen; ständige und lückenlose Beschäftigung des Baumarktes, wozu besonders die rechtzeitige Befamntgabe der Beschlässe über die Finanzierung des Wohnungsbaues beitragen könnte; die Schaffung leistungsfähiger Großhändler für den Wohnungsbau in Gestalt gemeinnützig tätiger Wohnungsfürsorgegesellschaften und schließlich — aber nicht in letzter Linie — die Konzentration der Bauaufträge in der Hand weniger Großbetriebe als Generalunternehmer. Wagner erläuterte — Punkt für Punkt — die Möglichkeiten der Erfüllung dieser Forderungen, gedachte aber auch der Hemmnisse, die dieser Erfüllung entgegenwirken, unter denen der Widerstand der um ihre Existenz besorgten kleineren Unternehmer gegen eine Rationalisierung des Wohnungsbaues an erster Stelle steht. Jedenfalls ist das Wirken der Demog diesen Zielen gewidmet.

Sind die Voraussetzungen des Serienbaues geschaffen, so ergibt sich aus ihm als nächstliegende Vorteile: die Herabsetzung der Regiekosten, der Baugebühren, der Ausschließungskosten, der Grundstückspreise (insolge der erwählten planmäßigen Grundstückspolitik der Gemeinden und gemeinnützigem Großunternehmungen) und schließlich der Baukosten mit Hilfe neuer, Arbeit und Material sparender Baumethoden, die wiederum nur mit Hilfe des Serienbaues und durch Großunternehmungen nutzbar gemacht werden können. Das ganze Verfahren nennt Wagner ein „Umstiegen aus der Postulatsche der handwerklichen Betriebe in den D-Zug des industrialisierten Großbetriebes“. Schöpfer und Träger der Großsiedlung aber wird die organisierte Arbeiterschaft sein, und zwar als Produzent wie als Konsument.

Nach Wagner sprach als erster Redner Staatssekretär Scheidt. Er bestätigte die Bedeutung des Problems der Verbilligung der Baukosten und stimmte Wagners Darlegungen in allen wesentlichen Punkten zu. Zweifel hegt Scheidt insofern, als er nicht hoffe, daß in absehbarer Zeit eine Baumeiße gefunden werden könne, die billiger und ebenso gut sei wie der Ziegelbau. Daher müsse das Augenmerk der Reform nicht nur auf die Erfindung neuer Baumethoden, sondern zugleich auf die Verbilligung des Ziegelbaues gerichtet sein. Die Voraussetzungen für eine solche Verbilligung seien: Typisierung des Hauses und der Bauteile, Massenherstellung von Häusern an wenigen Plätzen und Massenherstellung der Bauteile in Großbetrieben. Die Versammlung müsse zum Ausdruck bringen, daß die Stellen,

die über die Vergebung von Mitteln aus der Hauszinssteuer verfügen, die Erfüllung dieser Voraussetzungen zur Bedingung für die Hergabe der Mittel machen sollten. Ministerialrat Schmidt stellte der Demog und ihren Bestrebungen die Sympathie des Reichsarbeitsministeriums in Aussicht und Staatssekretär a. D. Professor Hirsch sprach den Wunsch aus, daß die Unterstützung der Bestrebungen der Demog durch die Regierungen nicht nur in Wohlwollen bestehen möge. Seine eindringliche Mahnung: Sorgt — neben allem übrigen — für Kapital war deutlich genug auch an die Regierungen und an die gesamte offizielle Wirtschaftspolitik gerichtet. Regierungsrat Krüger (Lüneburg), Stadtbaurat May (Frankfurt a. M.) und Stadtrat Kampfmeyer (Wien) berichteten über das Wirken ihrer Gemeinden. Stadtbaurat May kündigte die zum Herbst zu erwartende Eröffnung der ersten deutschen Hausfabrik an. Bruno Laut und Gropius nahmen als Architekten zu den Problemen des Themas Stellung; Lauts Worte, daß ein neuer, sozialer Bauwille, in dem das kollektivistische Element an die Stelle des individualistischen des herkömmlichen Bauens trete, den neuen Stil gebären müsse, dürften von programmatischer Bedeutung sein. Nach den beiden Architekten beleuchtete Professor Paulsen die ausgeworfenen Fragen von der nationalökonomischen Seite, und Architekt Doin (Amsterdam), der über Erfahrungen in Holland berichtete, Regierungsbaumeister Gehlhorn und Stadtbaurat Arndt schlossen den Reigen der Redner. Sodann wurde, gemäß einer von Wagner in seinem Schlusswort gegebenen Anregung, als Ergebnis der Tagung einstimmig die Entschlieung gefaßt, auf die Regierungen des Reiches und der Länder sowie auf die Städte dahin zu wirken, daß die Bewilligung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau grundsätzlich von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig gemacht wird:

1. Typisierung der Häuser, 2. Normalisierung der Bauteile, 3. Zusammenfassung der Bautätigkeit an möglichst wenigen Stellen (Konzentration der Bauvorhaben), 4. Herstellung der Bauteile in Massenbetrieben, 5. Vergebung der öffentlichen Mittel (Hauszinssteuer, Arbeitgeberzuschüsse, Darlehen für Kriegsbeschädigte und Tuberkulose usw.) durch eine einzige Stelle.

Mit diesen Forderungen verbindet sich das von allen Rednern eindringlich betonte Verlangen nach der Schaffung von Hausbaulaboratorien zum Zwecke des Studiums neuer Baumethoden.

Die Tagung, deren Forderungen sich mit denen der freien Gewerkschaften und mit den Anträgen der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion im Reichstage decken, wird dem Fortschritt im rationalen Wohnungsbau neue Antriebe verleihen.

30. Deutscher Krankenkassentag in Düsseldorf.

(25. und 26. Juli.)

Die große Rundhalle des Planetariums auf der Geselei in Düsseldorf ist überfüllt. Mehr als 2000 Vertreter deutscher Krankenkassen, zusammengeschlossen im Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg, füllen die Riesenhalle. Die Teilnehmerzahl setzt sich zusammen aus 521 Arbeitgebern, 893 Versicherten, 641 Angestellten und 107 Ehrengästen. Darum ist dies stets eine der bedeutungsvollsten sozialpolitischen Kundgebungen des Jahres, kommen doch hier die Vertreter von mehr als 10 Millionen Versicherten zu Worte. Sehr zahlreich sind auch die Vertreter der Reichsministerien und der Ministerien der Länder sowie der Parlamente und der verschiedenen sozialpolitischen Organisationen erschienen. Die Tagung begann nach Abwilderung der zahlreichen Begrüßungsreden mit einem Bericht des geschäftsführenden Vorsitzenden Helmut Lehmann über die gegenwärtige Lage der deutschen Krankenversicherung. Der Redner wies darauf hin, daß die ungeheure Not, die durch die unvermindert andauernde schwere Wirtschaftskrise über die arbeitende Bevölkerung Deutschlands gekommen ist, die deutschen Krankenkassen in unerträglicher Weise belastet. Sie haben ständig rund ¼ Millionen Arbeitsunfähiger und Wöchnerinnen zu unterstützen und etwa die dreifache Zahl noch in Arbeit befindlicher Kranker mit ärztlicher Behandlung, Arznei und Heilmitteln zu versorgen. Die schweren Hungerzeiten, zu denen Millionen Arbeiter seit Monaten verurteilt sind, machen alle Bemühungen, den Gesundheitszustand des Volkes zu heben, zunichte. Nur unter Anwendung schärfster Kontrolleinrichtungen haben die Krankenkassen den Krankenstand künstlich zurückschrauben und sich dadurch vor dem finanziellen Zusammenbruch retten können. Daher ist ein Abbau der Beitragslasten der Krankenversicherung unmöglich. Die vom Unternehmertum unverständlicherweise geforderte Zurückschraubung der Leistungen der Krankenversicherung, um auf diese Weise eine Verminderung der Soziallasten zu erreichen, würde schwere gesundheitliche, soziale und politische Erschütterungen im deutschen Volksleben hervorrufen. Die unsachlichen und gewissenlosen Angriffe auf die Krankenkassen müssen daher aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Redner bittet die Regierungen und Parlamente, sich schützend vor die deutsche Krankenversicherung zu stellen.

Der erste Redner des Tages war Oberregierungsrat Unger vom Reichsversicherungsamt, der über „Gesundheitsfürsorge durch Arbeitsgemeinschaften der Versicherungs-träger“ sprach. Nach einem kurzen geschichtlichen Überblick ging der Redner besonders auf das Gesetz über Gesundheitsfürsorge in der Reichsversicherung vom 28. Juli 1925 ein. Die Reichsregierung beabsichtigt, auf Grund dieses Gesetzes Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Diese Arbeitsgemeinschaften werden sich vorzugsweise mit der vorbeugenden Fürsorge für die Versicherten zu beschäftigen haben. Weitestgehende Freiheit ist dabei den Versicherungsträgern gestattet, doch muß ein finanzielles Rückgrat für diese Arbeitsgemeinschaften geschaffen werden. Vorschriften darüber werden kaum zu umgehen sein. Reichler Beifall lohnte den Redner.

Den nächsten Vortrag hielt Professor Dr. Klein, Jena, über „Das Naturheilverfahren im Dienste der Krankenversicherung“. Der Vortragende erläuterte, daß eine tiefe Unzufriedenheit durch weite Kreise der Bevölkerung gehe, weil sie nicht mehr die innige Berührung mit der Natur schätzen haben. Mit neuen Methoden muß diese Verbindung wieder hergestellt werden. Dazu scheine ihm das Naturheilverfahren

sehr geeignet zu sein. Der Naturarzt will nicht die einzelnen Krankheiten, sondern den kranken Menschen behandeln. Es kommt darauf an, daß der Kranke zufriedengestellt und geheilt wird. Auch diesen Redner lohnte reichlicher Beifall.

Der letzte Redner dieses Tages, Verwaltungsdirektor Köhn, Berlin, beschäftigte sich mit dem „Frühheilverfahren in der Unfallversicherung“. Der Vortragende wies auf die Bedeutung der neuen Vorschriften auf diesem Gebiete hin, er ließ seinen Vortrag ausfliegen in die Forderung, daß die Berufsgenossenschaften das Heilverfahren durchzuführen und auch die Kosten dafür zu tragen hätten.

Der zweite Tag der Tagung wurde eingeleitet durch einen Vortrag von Ministerialdirektor Grieser über „Die internationale Sozialversicherung und ihre Triebkräfte“. Zu Eingang seiner Ausführungen wies der Vortragende die Neuzeugung des Prof. Gust. Cassel, Stockholm, zurück, daß die Internationale der Sozialpolitik die letzte Mode sei. Dann ging der Vortragende auf die Lage der Weltwirtschaft ein. Kapital und Arbeit seien die Träger der Wirtschaft, noch niemals hätten die sozialen Bedürfnisse einen so schweren Stand gehabt wie jetzt. Was können wir zur Besserung tun? Der Vortragende glaubt, die Besserung in der Rationalisierung der Betriebe und in der Rationalisierung der Sozialversicherung suchen zu müssen. Der Einwand des sozialen Dumpings ist dadurch niederzuschlagen, daß die Sozialversicherung der einzelnen Länder aneinander anzugleichen ist. Das Internationale Arbeitsamt, die internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt und auch die einzelnen Regierungen, gestützt auf Teil XIII des Versailler Vertrages, arbeiten an diesem Ziele. Zu einer geordneten Weltwirtschaft gehört auch eine internationale soziale Rüstung. Diese mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden unterstrichen durch Dr. Stein, Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Ohne Sozialversicherung kommen wir nicht mehr aus. Der Hinweis auf Amerika, wo es keine Sozialversicherung gibt, ist so lange verfehlt, als die europäischen Staaten nicht amerikanische Löhne zahlen. 46 Staaten haben sich rückhaltlos zur Sozialversicherung bekannt. Als Kernstück wird auf der Arbeitskonferenz 1927 die Krankenversicherung international zu regeln sein.

Über die „Kinderfürsorge unter Mithilfe der Krankenkassen“ berichteten dann Geheimrat Prof. Dr. Schloßmann, Düsseldorf und Verwaltungsdirektor Strübig, Hamburg. Beide Redner schilderten in außerordentlich warmerziger Weise das Kinderelend, das zum größten Teile aus dem Wohnungselend resultiert. Die Krankenkassen, zu deren Versicherten einmal die heranwachsende Generation gehören wird, haben alle Ursache, dieser Frage ihre stärkste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Redner schlossen mit dem Wunsch, daß es trotz der finanziellen Bedrängnis der Kassen möglich sein wird, die nötigen Mittel für die Kinderfürsorge aufzubringen. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu.

Anschließend berichteten Prof. Dr. Wichmann, Hamburg, über die elektro-physikalischen Heilmethoden und D. Zehden, Berlin, über „Bäderfürsorge für Rassenmitglieder“. Während der erste Vortragende mehr kassentechnische Angelegenheiten behandelte, forderte Dr. Zehden die Ausgestaltung der Bäderfürsorge und die Ruhbarmachung der Bäder für die Rassenmitglieder.

Nach weiteren geschäftlichen Angelegenheiten erreichte die Tagung, die ein Marzstein in der deutschen Rassenbewegung ist, mit Dankesworten des Vorsitzenden, Stadtrat Ahrens, ihr Ende.

Das Recht der Gewerkschaftsangeestellten zur Verweigerung der Zeugnisaussage.

In der von Dr. Heinz Rothhoff (München 2, NNB 19, Annimilkerstraße 33) herausgegebenen Zeitschrift „Arbeitsrecht“ schreibt Dr. D. Herland, Berlin:

Das Gewerbegericht Elberfeld hat jüngst ein Urteil gefällt, das für alle Gewerkschaftsangeestellten von besonderer Bedeutung ist. (Altzeichen: P. R. B. 21/26.)

Es kommt vor, daß ein Gewerkschaftssekretär als Zeuge vor Gericht geladen wird, um gegen einen Kollegen auszusagen. Dadurch kann er in einen schweren Gewissenskonflikt kommen. Einerseits ist es ihm unmöglich auf Grund seiner Vertrauensstellung als Angestellter des Verbandes ein Mitglied durch seine Aussage zu schädigen; andererseits kann er keine falschen Aussagen machen, zumal, wenn ihm die Gegenseite den Eid zuschiebt und er sich dann durch eine wissenschaftlich falsche Aussage des Meineschuldigen machen würde. Von diesen unangenehmen Situationen werden die Gewerkschaftssekretäre durch das Urteil des Gewerbegerichts Elberfeld befreit. Dort wird nämlich festgestellt, daß sie die Zeugnisaussage verweigern können unter Berufung auf § 383 Ziffer 5 ZPO. Die angezogene Bestimmung lautet:

Zu Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt: Personen, welchen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes Tatsachen anvertraut sind, deren Geheimhaltung durch die Natur derselben oder durch gesetzliche Vorschrift geboten ist, im Bereich der Tatsachen, auf welche die Verpflichtung zur Verschwiegenheit sich bezieht.

Unter diesen Umständen verstand man früher vor allem Rechtsanwälte, Notare und Ärzte. Das Gewerbegerichtsurteil rechnet nunmehr auch Gewerkschaftssekretäre diesem Personenkreise zu. Die entscheidende Stelle des Urteils lautet wörtlich:

Es ist die Frage zu prüfen, ob der Gewerkschaftssekretär unter die Personen fällt, welchen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes das Recht zur Zeugnisverweigerung zugesprochen ist.

Gedacht ist in der Aufzählung des Gesetzestextes zunächst an alle durch Reichs- oder Landesgesetze zur Verschwiegenheit verpflichteten Personen, wie Rechtsanwälte, Notare, Ärzte, Apotheker und die Gehilfen dieser Personen. Für einen Gewerkschaftssekretär oder Syndikus einer Organisation liegt eine gesetzliche Verpflichtung zur Verschwiegenheit mangels gesetzlicher Regelung der Stellung dieser Personen nicht vor. Die Stellung wird aber getragen von dem Vertrauen der durch die Organisation verbundenen Gemeinschaft. Als Vertrauensmann dieser Gemeinschaft hat der Gewerkschaftssekretär oder Syndikus die Schweigepflicht über die ihm kraft seiner Stellung anvertrauten Tatsachen zu bewahren. Wenn auch diese Schweigepflicht nicht geschriebenes Gesetz ist, so ist sie doch

eine moralische und vertraglich selbstverständliche Verpflichtung. Der Organisationsvertreter wäre in seiner Stellung unmöglich, wenn er, gegen Treu und Glauben verstoßend, die ihm in seiner Eigenschaft anvertrauten Geheimnisse seiner Organisationsmitglieder preisgeben würde.

Bewegungen im Verufe.

Lohnbewegung der Kieler Brauerei- und Destillationsarbeiter. Eine zum Mittwoch, den 4. August, einberufene Versammlung vorgenannter Arbeiter befaßte sich mit den Ergebnissen der Verhandlungen über ihre Lohnsache.

Der Geschäftsgang und Abschluß im vorigen Jahre war für die Firmen, insbesondere für die Brauereien wider alles Erwarten gut. Nicht minder gut ist der Geschäftsgang im laufenden Jahre. Dies gab den Arbeitnehmern Veranlassung, ihre vorjährige Forderung wieder aufleben zu lassen.

Die Forderungen der Arbeiter seien unberechtigt und auch unbegründet. Ein großer Teil der Kieler Arbeiter besähe einen noch geringeren Lohn und kämen damit aus, folglich müßten auch die hier in Frage kommenden Arbeiter mit ihren Löhnen auskommen.

Diese Anklaffung könne nur dahin verstanden werden, daß den Firmen die Arbeitnehmer viel zu gering sind, um überhaupt an Verhandlung zu kommen. Eine solche Erbarmlichkeit einerseits und Geringschätzung der Arbeiter müsse ganz entschieden Protest auslösen.

Endlich konnte Dr. Nyford den Nachweis nicht erbringen, daß die Firmen betriebliche Lohnaufbesserungen nicht tragen können. Er behauptete offenbar, durch eine Lohnaufbesserung würden die übrigen Kieler Arbeiter ebenfalls dazu animiert.

Die Ansprache war zwar kurz, aber um so schärfer. Insbesondere wurden die Anstellungen Dr. Nyfords gebührend kritisiert. Die Verantwortung hierfür wie auch für den abgelehnten Standpunkt jalle den Firmen zu.

Einmütig wurde der Schiedspruch, der eine Lohnaufbesserung ablehnt, abgelehnt und die Lohnkommission beauftragt, die Lohnsache zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.

Berichte.

Zwölfstündige Ausbeutung der Lehrlinge in Niederbayern.

Das Lehrlingswesen nimmt im bayerischen Brauergewerbe wieder sehr stark überhand. Selbst in den mittelgroßen Brauereien werden mehr wie üblich Lehrlinge genommen, weniger deshalb, weil die jungen Leute etwas lernen sollen, sondern um mehr oder weniger billige Arbeitskräfte zu haben.

30 Jahre Organisation in Schweinfurt a. M.

Am 15. August feierte der Zweigverein Schweinfurt sein 30jähriges Bestehen mit Ertrag der Jubilare. In seiner Rede hob der Leiter, Kollege Schrems, das ganze Leben des Zweigvereins an den Augen seiner Zuhörer vorüberziehen, gedachte einiger Kollegen, die besonders tätig waren und erwähnte auch besonders die Frauen der Mitarbeit.

wohl als Mittelpunkt der Feier angesprochen werden in Hinsicht auf Vortragsart als auch dessen Inhalt. Hier anschließend wurden die Jubilare durch den Bezirksleiter, Kollegen Gail, geehrt. Die Verdienste dieser sechs Jubilare (zwei hiervon Gründungsmitglieder) hier ausführlich zu behandeln, reicht der Raum nicht aus.

Und nun, wer te Kollegen, die das angeht: Heraus aus dem Gleichmut, der darin besteht, daß ihr teils Früchte erntet, die ihr nicht gesät habt, teils darin, daß ihr euch nicht so an eure Organisationsarbeit beteiligt, wie es für einen ganzen Gewerkschaftler Pflicht ist.

Ein tragisches Schicksal hat unseren treuen Kollegen W. Wielandt von der Guttentkruzbrauerei in Ettlingen ereilt. Er ist ein Opfer der neuzeitlichen Transportmittel geworden. Er mußte die Perle aus der Hand legen und in seinen alten Tagen noch umlernen.

Blattling (Niederbayern). Eine sehr gut besuchte Kreisversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter für die Orte Deggenhofen, Zwißel, Wilschhofen, Dingolfing, Jungenberg, Münchshof, Adlbörs, Eichendorf, Altersbach und noch einige Orte in diesem Kreis, der circa 30-35 Kilometer umfaßt, fand in Blattling statt.

Schierling. In körperlicher Frische kann der Schäffler Josef Wundigl der f. u. m. Brauerei auf sein 40jähriges Dienstjahr zurückblicken. Sein Vater und Urgroßvater waren ebenso lange im selben Betriebe tätig. Es darf wohl angenommen werden, daß die Betriebszeitung diese lange Dienstzeit zu schätzen weiß auch für die Zukunft.

Rundschau.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Juni und Juli 1926. Nach den Berichten im Reichsarbeitsblatt ergaben sich in den nachbenannten Verbänden folgende Ziffern:

Table with 4 columns: Month, Category, Males, Females. Rows include June and July statistics for unemployed and part-time workers.

Die Differenzierung des Arbeitslohnes in der Sowjetunion.

Die Differenzierung in der Entlohnung der gelernten und der ungelerten Arbeiter ist in der Sowjetunion besonders groß. Selbst nach der Inkraftsetzung der (Tarifach) darf die Entlohnung der einzelnen Gruppen der Arbeiter in einem und demselben Betriebe das Verhältnis von 1 zu 4 erreichen.

Arbeiter 80 Rubel (im Monat! Die Rub.) und ein gelernter 180 bis 200 Rubel erhält, gehören nicht zu den Seltenheiten. Wir haben diesem Umstand viel zu wenig Beachtung geschenkt, obwohl die ausländischen Arbeiter uns darauf hingewiesen haben.

In derselben Nummer des „Erud“ wird eine Untersuchung von A. Schin's, des Leiters des Zentralbureaus für Arbeitsstatistik, über die Differenzierung des Arbeitslohnes in der Vorkriegszeit und heute besprochen.

Literarisches.

„Jugendführer“. Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften. Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstr. 6.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hanja 4934.

38. Beitragswoche vom 12. bis 18. September

Ausgeschlossen aus dem Verband wurde auf Antrag des Ortsvereins Mannheim Ludwig Nerlinger, geb. 5. 8. 99 in Bamberg, Verbands-Nr. 264 800. Der Verbandsvorstand.

Gingänge der Hauptkasse

Table with 2 columns: Location, Amount. Lists contributions from various cities like Halle, Reutlingen, Löwenberg, etc.

Nachricht.

Am 6. September 1926 verstarb durch Unfall unser Kollege, der Maurer Adolf Kietzsch. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Für die Beileidsbewegungen und Unterstützungen anlässlich des Ablebens meines Mannes Rudolf Müller sage ich der Belegschaft der Brauerei sowie dem Ortsverein Zwidau meinen herzlichsten Dank.

Unsern Kollegen Josef Kainz junior und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Michael Schuermann und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Paul Köppler nebst seiner lieben Frau zur silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Unsern Kollegen Ernst Seifert und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Das festschmecker-Verpersonal der Schloßbrauerei Chemnitz-Kappel.

Advertisement for Brauerhosen (brauer's trousers) by Herberl Fritsche, Niederoderwitz 1. Sa.

Advertisement for Nappaledermütze (leather caps) by G. Schauenburg, Arnstadt V, Thüringen.

Advertisement for the oldest known brauer-wood shoe by Heinrich Schäfer, Maxstr. 5.

Advertisement for Brauerschuhe (brauer's shoes) by Feilkeiter, München, Lederstr. 5 U.

Advertisement for Billig-Bismack-Bettfedern (cheap Bismack bed feathers) by Benedikt Sachsel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhm.

Advertisement for „Wasserfeuer“ (water fire) by Josef Urban, Cream in Bayern.